

Streit um Religion im Biologieunterricht:  
Der Schöpfung die Krone aufgesetzt S. 3

gegeninformation NRW Lesetipp:  
GegenStandpunkt 3-07 S. 5

Noch ein Fall von „arm trotz Arbeit“:  
Die ‚Generation Praktikum‘ S. 6

[www.gegeninformation.net](http://www.gegeninformation.net)

kostenlos

## Deutschland will neue Sicherheitsgesetze! Sicherheit – vor wem und für wen?

„Die alte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit ist von gestern, spätestens seit dem 11. September 2001.“ (Merkel, SZ, 3.7.07) Mit dem Verweis auf die Weltlage erklärt unsere Kanzlerin „schärfere Sicherheitsgesetze“ zur fälligen Reaktion auf eine veränderte Bedrohung von außen, die jetzt auch die innere Ordnung gefährde. Für die Sicherheit des Landes und seines Volkes zu sorgen, sei die vornehmste Aufgabe des Staates: Eingriffe in die Freiheit, das vornehmste Recht des Bürgers, seien deswegen unumgänglich. Erweiterte Eingriffs- und Überwachungsmöglichkeiten für Justiz und Polizei müssten zum rechtlichen Standard erhoben werden, damit Deutschland seiner vielfältigen Feinde besser Herr wird. Die Debatte über das rechte Verhältnis von Staatssicherheit und bürgerlicher Freiheit enthält einige schöne Klarstellungen über Herkunft und Inhalt des wachsenden Gewaltbedarfs.

Die Kanzlerin „will schärfere Sicherheitsgesetze“ und ihr Deutschland damit auch auf einem Feld modernisieren, auf dem sie dringenden Nachholbedarf sieht. Sie fordert, der Einsatz der Bundeswehr müsse auch im Inneren „im Zusammenhang mit terroristischen Gefahren in ausgewählten Bereichen möglich sein“. Allen voran profiliert sich Innenminister Schäuble, der von seinen Kollegen aus der politischen Klasse bei Gelegenheit als „Amokläufer“ (SPD-Struck) oder „Verfassungsbruchminister“ (FDP-Leutheusser-Schnarrenberger) titulierte wird. Sogar etliche in der CDU „gehen auf Distanz“ und am Ende mischt sich auch noch der Bundespräsident ein und „kritisiert Schäuble!“ (SZ, 16.7.) Er findet „die Art, wie die

Vorschläge kommen - vor allem in einer Art Stakkato“ nicht so „optimal“. „Wie sollen die Leute das verkraften?“ Über diese empfindsame Stilkritik hinaus, die die „Leute“, die viel, nur keinen laxen Umgang mit Terroristen verkraften können, ziemlich unterschätzt, hat der brave Präsident bei der von Schäuble vorgestellten „Tötung eines vermeintlichen Terroristen“ so seine Probleme, Verfahrensprobleme nämlich. Er hat „persönliche Zweifel“ daran, „ob man das ohne Gerichtsurteil so von der leichten Hand machen kann.“ (SZ, 16.7.)

In der zweiten Runde, wenn das demokratische Denunzieren und die Geschmacksfragen zunächst einmal erledigt sind, zeigt sich, dass sich die Kritiker gar

nicht so schwer tun, das „Undenkbare“ mitzudenken. Es gibt viele konstruktive Diskussionsbeiträge, die Bundesjustizministerin z.B. mahnt zur „Zurückhaltung bei Verfassungsänderungen“, verspricht aber, „über konkrete Vorschläge ließe sich reden“ (Zypries, t-online-nachrichten, 17.7.); rechtskundige Journalisten weisen nach, dass man eigentlich das Meiste, was Schäuble verlangt, doch eigentlich heute schon dürfte etc. Der kernige Aufruf, man solle doch erst einmal ausschöpfen, was an gewalttätiger antiterroristischer Energie in der geltenden Rechtslage steckt, zeigt, dass da zwar immerhin konstruktiv mitgedacht wird, der durchaus kämpferische Ansatz aber an Schäubles Generalanliegen vorbei geht. >> S. 2

## Das Geld - von den vielgepriesenen Leistungen des schnöden Mammons

### Einige Wahrheiten, Ware, Geld, Kapital und Staat betreffend

Geld muss man nicht erklären, man muss es haben; das versteht sich von selbst für lebenskluge Zeitgenossen. Wenn es am Geld etwas zu erklären gibt, dann, wie man am besten an möglichst viel davon herankommt; denn: ohne Moos nix los!

Das ist fatal. Denn wer dem unausweichlichen Zwang, Geld zu verdienen, nur die Ermunterung entnimmt, ihm möglichst erfolgreich nachzukommen, der bleibt nicht nur in ein Zwangssystem der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verstrickt, das ihm nicht wenig Sorgen aufnötigt. Der macht außerdem den gar nicht so unvermeidlichen Fehler, sich dazu kritiklos affirmativ

zu stellen. Da helfen dann auch kein Ärger und keine Beschwerden mehr über den Stress beim Geldverdienen, über das wenig zufriedenstellende Resultat, über die hohen Preise und überhaupt über das wenige Geld hier und den vielen Reichtum dort.

Wer sich das Geld nicht erklären will, soll über dessen ungleiche Verteilung nicht jammern. Umgekehrt: Wer nicht immer nur über die Sorgen mit dem Geld und seine ungerechte Verteilung klagen will, der sollte sich lieber das Geld und die mit ihm gültig gemachte ganz und gar nicht so vernünftige und sachenotwendige Produktionsweise erklären. Dazu will die Veranstaltung beitragen.

**Buchvorstellung und Diskussion mit dem Autor Theo Wentzke:**  
(Siehe auch Seite 8 dieser Zeitung!)

**Bonn, 27. November, 20h**

HS 17 der Uni Bonn,  
Regina-Pacis-Weg 5, 53113 Bonn  
[www.gegeninformation.net](http://www.gegeninformation.net)

**Bielefeld, 28. November, 19h**

HS 3 der Uni Bielefeld,  
Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld  
<http://ak.blogspot.de>

**Münster, 29. November**

Nähere Informationen zu Zeit und Ort in Kürze online unter:  
[destruktive-kritik.gegeninformation.net](http://destruktive-kritik.gegeninformation.net)

Schäuble fühlt sich missverstanden und irgendwie hat der Mann recht: Natürlich kann er wie seine richtlinienkompetente Kanzlerin „innere und äußere Sicherheit“ unterscheiden, und beide kennen den Unterschied zwischen einem Krieg, in dem Staaten mit ihrer militärischen Gewalt offiziell über einander herfallen, und einem Terroranschlag, bei dem aufgebraute NGO-Mitglieder mit privater Militärgewalt – auch wenn der Schaden groß ist und der Terrorismus grenzüberschreitend – in einer asymmetrischen Anstrengung einem Staatswesen größtmögliche Nachteile zufügen. Wenn die Regierenden aber diese Unterscheidung nicht mehr kennen wollen und es zu einem gefährlichen politischen Fehler erklären, weiterhin an ihr festzuhalten, haben sie ihre Gründe. Mit denen halten Merkel, Schäuble und Mitstreiter auch nicht groß hinter dem Berg: Sie zielen offensiv auf die Rechtsfolgen dieser bislang gültigen Differenzierung, die sie nicht mehr länger dulden wollen.

Sie halten eine Paragrafenlage, in der der Zugriff auf die jeweils geeignetste Waffe im Krieg gegen den Terror rechtliche Umstände macht, in der etwa der Einsatz der Armee im Inneren nur über den Umweg der Amtshilfe zu haben ist, eigentlich für einen Skandal, auch wenn – und gerade weil – dieser unhaltbare Zustand immer noch geltendes Verfassungsrecht ist. Weil die Verfügbarkeit der Gewaltmittel gemäß gültiger Geschäftsordnung eine Rechtsfrage ist, wird die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit – mit ihrer juristisch belangvollen Zuordnung der jeweils einschlägigen Einsatzkompetenzen, Polizei, Geheimdienste und Militär betreffend – für die Regierung zum Gegenstand dringenden rechtspolitischen Reformbedarfs. Im Kampf gegen jedwede Feindschaft, die die weltweite Tätigkeit der kapitalistischen Nationen auf sich zieht, will sie rechtliche Regelungen staatlicher Gewalttätigkeit loswerden, die sie vom Standpunkt ihres heutigen Bedarfs zu Beschränkungen erklärt. Das ist sehr generell gedacht und mit gesetzgeberischem Klein-Klein nicht zu erledigen: „Die alten Kategorien passen nicht mehr ... wir brauchen neue Begrifflichkeiten.“ (Schäuble, Spiegel 28/07) Weil die Gewalt rechtsstaatlich organisiert ist, muss man sich ihre Mittel auf juristischem Wege verfügbar machen, indem man „die Dinge rechtlich sauber löst“ und sich so „die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus“ (Schäuble im Spiegel-Gespräch) schafft.

## Not braucht viel Gebot

Mit der Ausrufung einer Bedrohungslage, die keinen Unterschied von innerer oder äußerer Sicherheit mehr kennt, sondern nur mehr einen einheitlichen, polizeilich-militärischen Bedarf, der sich ausschließlich an sicherheitstechnischen Fragen zu orientieren hat, hat die Regierung ihren Maßstab für die Entwicklung einer neuen (verfassungs)rechtlichen „Begrifflichkeit“ gefunden. Die Proklamation eines andauernden Kriegszustandes ohne offenen Krieg; einer fortwährenden verdeckten Bedrohung, deren Gefährlichkeit die Regierenden mit wechselnden Alarmstufen im öffentlichen Bewusstsein halten, begründet aus dem Fundus ihres Geheimwissens; eines stets möglichen Verteidigungsfalls, den ein vorangestelltes „Quasi“ nicht harmloser, sondern drohend unbestimmt macht: Das ist die Art, in der Merkel, Schäuble und Co. die Souveränität der politischen Führung gegen die geltende Rechtslage geltend machen. Ihr Handlungsbedarf soll mit Berufung auf die neue Normalität des sicherheitspolitischen Ausnahmezustandes zur Leitlinie der Rechtsfortbildung werden. Und die soll gefälligst dafür sorgen, dass die Freiheit zur aktiven Staatssicherheit künftig jederzeit geltende Regel wird.

Sie wollen wirkliche und vermeintliche Gegner wie feindliche Kombattanten behandeln und all das, was sie an besonderen Behandlungsarten gegenüber dieser Klientel für angebracht halten, auch dürfen. Sie wollen nicht länger auf die unbeschränkte Verfügung über den mächtigsten Gewaltapparat im Land, die Armee, verzichten, die rechtlichen Umstände und Umständlichkeiten, mit denen der Einsatz der Armee im Inland verbunden ist, abschütteln und dafür eine verfassungsrechtlich einwandfreie Genehmigung. Und sie wollen, gestützt auf ihren immerzu schwebenden Kriegszustand, einen juristischen Freibrief dafür, „die staatliche Forderung des Lebensensatzes im Verteidigungskrieg“ (GG-Kommentar Maunz-Dürig-Herzog, zu Art. 2 Abs. 2) nicht auf Soldaten zu beschränken, die man schon immer mit der Pflicht zum staatsnützlichen Sterben konfrontieren konnte. Wenn schon innere und äußere Sicherheit nicht mehr zu unterscheiden sind und der Kriegszustand nicht mehr so klar von dem des Friedens, dann sind alle Bürger immer auch ein wenig Soldaten. Mit der rechtlichen Folge, dass dann die Ansprüche

an „die solidarische Einstandspflicht des Einzelnen“, wie die FAZ streng folgert (3.7.), im Falle eines Angriffes auf „das Staatsganze“ erheblich höher wären. Dann müsste sich dieser Einzelne auch gelegentlich klaglos und solidarisch mit einem Terrorflieger abschießen lassen, ohne dass Schützen und Befehlshaber sich kläglich in den „Auffangtatbestand“ des übergesetzlichen Notstandes flüchten müssten.

Die Frage, ob mit seinen Vorschlägen nicht „eine rote Linie“ überschritten und „unsere Gesellschaft unwiderruflich verändert“ würde, lässt Schäuble, der ja gerade die Gesellschaft und ihre rechtliche Verfasstheit nach den Bedürfnissen seines antiterroristischen Kriegszustandes verändern will, reichlich kalt: „Die rote Linie ist ganz einfach: Sie ist immer durch die Verfassung definiert, die man allerdings verändern kann.“ (Spiegel, 28/07) So erinnert der Innenminister daran, dass auch in der neuen, auf Dauer angelegten Ausnahmelage des Gemeinwesens verfahrenstechnisch das Übliche gilt: Die Gewalt schafft sich ihre Rechtsformen nach ihren Bedürfnissen und kann insofern, wenn die behauptete Bedrohung des „Staates als Ganzes“ nur groß genug ist, auch mit Zugriffen der gröberen Art kaum mehr ernsthafte Fehler machen, wenn eine beizeiten geschaffene, „präzise verfassungsrechtliche Rechtsgrundlage“ vorliegt. Beachtet die Politik diese Verfahrensweise, dann leistet sie damit einen wichtigen Dienst an der Verfassung: „Das Grundgesetz würde doch zerbrechen, wenn wir es nicht anpassen würden“.

Weil das Grundgesetz an der geänderten Realität zerbrechen würde, ist derjenige, der als amtierender Innen- und Verfassungsminister mit seinem politischen Bedarf diese Realität definiert, auch dazu berufen, für die bruchgefährdeten Artikel der Verfassung Sorge zu tragen: indem er sie durch Anpassung an die aktuellen Bedürfnisse der Staatssicherheit geschmeidig hält. So geht der nachhaltige Verfassungsschutz, den jedes Grundgesetz braucht.

**Weiteres zur Aufrüstung der Inneren Sicherheit: „Schäuble und der technische Fortschritt machen Deutschland immer sicherer: Was ist los? Eigentlich nichts!“ in: Gegenstandspunkt 2-07; „Not braucht viel Gebot“ in: Gegenstandspunkt 3-07.**

## Streit um Religion im Biologieunterricht: Der Schöpfung die Krone aufgesetzt

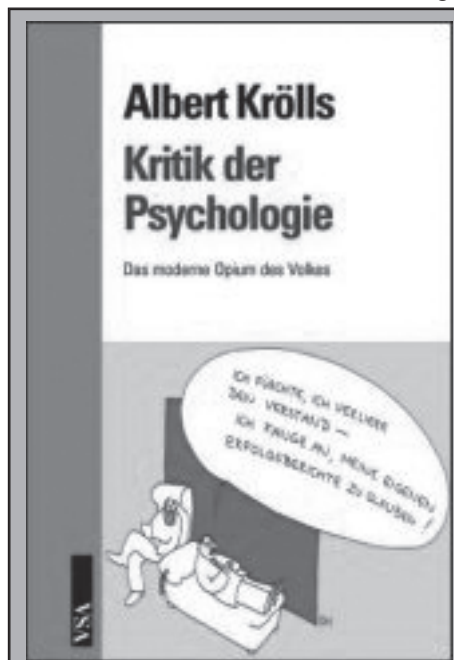
Frau Karin Wolff, Kultusministerin von Hessen und frühere Religionslehrerin, hat einen schönen Einfall für die Erziehung des deutschen Nachwuchses. Sie kommt dem Auftrag nach, wie er im Lehrplan ihres Landes formuliert ist, wonach „Auseinandersetzungen mit philosophischen und religiösen Aussagen die naturwissenschaftliche Diskussion ergänzen und erweitern müssen“ (Stern.de, 11.7.07), und plädiert für die Verknüpfung der biblischen Schöpfungslehre mit der Evolutionstheorie im Biologieunterricht. Mit ihrem Vorschlag erntet sie harsche Kritik von Leuten, die meinen, Wissenschaft und Glauben gehörten sich an den Schulen besser auseinander gehalten: „Die Schöpfungsgeschichte gehöre in den Religionsunterricht, in Biologie sollte ausschließlich die wissenschaftlich fundierte Evolutionstheorie gelehrt werden.“ (Jürgen Schreier, CDU, in Spiegel 29/07) In Biologie würde schließlich Wissenschaft unterrichtet – aber da täuschen die Widersacher sich ein wenig über den Bildungsauftrag der Schule.

Auf den nämlich kommt es der Frau Minister an, und dazu stellt sie klar, was es mit dem Wissen auf sich hat, das im Biologieunterricht ihrer Anstalten vermittelt werden soll. Eine „erstaunliche Übereinstimmung der symbolhaften Erzählung der Bibel von den sieben Schöpfungstagen mit der wissenschaftlichen Theorie der Evolution“ (FAZ, 29.6.) hat sie da bemerkt, und das ist in der Tat erstaunlich – wird demzufolge doch in der schulischen Abteilung Naturwissenschaft ein Unterrichtsgegenstand verhandelt, bei dem die Grenze zwischen religiöser Fantasterei und wissenschaftlicher Erkenntnis gar nicht auszumachen sein soll. Die Expertin für Bildung verrät zwar nicht, worin Genesis und Genetik, Bibel und Biologie für sie so erstaunlich übereinstimmen. Doch sie lässt wissen, wie man den Gegensatz zwischen Glauben und Wissen um die Ecke bringt, so dass sich einem die Erkenntnisse der Wissenschaft über den Genuss symbolischer Dichtung auf tun: „Sie plädiere für verbindende Fragestellungen bei den Themen der Herkunft des Menschen und der Bestimmung des Lebens und für einen modernen Biologieunterricht,

in dem auch die Grenzen naturwissenschaftlich gesicherter Erkenntnis sowie theologische und philosophische Fragen nach dem Sinn des Seins und der Existenz von Welt und Menschen eine Rolle spielen sollten.“ (FAZ, 29.6.)

Damit sich die naturwissenschaftliche Erkenntnis eines Darwin über die Entwicklung der Arten mit religiösen Deutungen vom göttlichen Schöpfungsakt „verbinden“ lässt, braucht man sie nur zu einem Beitrag zu „Fragestellungen“ umzuinterpretieren, die mit den Erkenntnissen der Evolution von vorneherein nichts zu tun haben. Indem man den Erkenntnissen über die Entwicklung der lebendigen Materie durch Mutation und Selektion die metaphysischen Fragen nach der „Herkunft des Menschen und der Bestimmung des Lebens“ unterschiebt, werden aus Evolutionstheorie und Religion eben zwei unterschiedliche Weisen, auf ein und dieselbe Grundsatzfrage Antwort zu geben. Aus Naturwissenschaft wird ein Baukasten zur Sinnstiftung, eine Manier, die höhere Sinnhaftigkeit des menschlichen Daseins zu bezeugen und den Absprung der Gattung homo sapiens von den höheren Primaten weltanschaulich zu deuten: Ausgerechnet die wissenschaftliche Widerlegung der Teleologie aller zirkulierenden Schöpfungserfindungen durch die Evolutionstheorie erfreut sich der Würdigung als wertvoller Baustein zur Pflege theologischer Mystifikationen, und wo jede Differenz zwischen Deutung und Erklärung eingeebnet ist, lässt sich die Quintessenz einer ‚Lehre‘, die die Wissenschaft bereithält, dann auch prima in literarische Symbolwelten hinein- und aus denen wieder herauslesen.

Deshalb fallen der gebildeten Frau auch gleich die „Grenzen naturwissenschaftlicher Erkenntnis“ ein. Wer der naturwissenschaftlichen Erklärung der menschlichen Entwicklung Fragen wie die nach dem ‚Sinn der Existenz‘ unterschiebt – die sie gar nicht zu beantworten vorhat, weil sie eben nicht Philosophie ist – und sie daraufhin abklopft, wie sinnvoll eingerichtet sie das alles präsentiert, was bei der Evolution herausgekommen ist, braucht vom Standpunkt seiner Interpretation aus nur die Blickrichtung >> S. 4



**Albert Krölls**

**Kritik der Psychologie**  
**Das moderne Opium des Volkes**

**Erweiterte Neuauflage**  
**192 Seiten; EUR 13,80**  
**ISBN 3-89965-213-4**  
**Hamburg, VSA-Verlag, November 2007**

Albert Krölls untersucht die Welt psychologischer Theorien daraufhin, welche Beiträge sie zur Anpassung des bürgerlichen Konkurrenzsubjektes an seine gesellschaftliche Heimat erbringen, worin ihr legitimatorischer Gehalt besteht und auf welchen systematischen Fehlern der Theoriebildung ihre gesellschaftliche Nützlichkeit gründet.

#### **Aus dem Inhalt:**

Der Psychoboom: Zur Karriere einer mächtigen Ideologie

Psychologie: Die wissenschaftliche Sehnsucht nach einem gesetzmäßig funktionierenden Staatsbürgerwillen

Freud: Der Kampf dreier Linien im Dienste der sozialen Anpassung des Subjekts

Skinner: der radikale Vertreter des psychologischen Steuerungsideals

Adorno/Horkheimer: Die autoritäre Herrschaft - Ein ideales Entsprechungsverhältnis zwischen Staatsgewalt und Untertanenseele

Holzcamp: Ausländerfeindlichkeit - ein staatlich provoziertes Sündenfall des emanzipatorischen Subjekts

Rogers: Gesellschaftliche Anpassung als Selbstverwirklichung

Psychotherapie: Fachlich angeleitete Selbstdomestizierung des funktionsgestörten Willens

Die zweite, erheblich erweiterte Auflage dokumentiert die Diskussion um die »Kritik der Psychologie« und enthält Antworten des Autors auf kritische Nachfragen und Einwände.

umzudrehen: Schon entdeckt er an der Wissenschaft den Mangel, dass sie die Sinnfrage höchst unvollkommen beantwortet. Weil sie für das, was die Frau Ministerin für wissenschaftlich und wesentlich hält, nur bedingt brauchbar ist, hat Wissenschaft also ihre „Grenzen“ und wird aus Erkenntnis das Gegenteil, nämlich das Gebot zur Skepsis. Als solches ist die Theorie der Evolution für die Erziehung der Schuljugend dann wieder sehr brauchbar. Dann ist sie ein einziges Dokument dafür, dass man bei der Suche nach Antworten auf „die Frage nach der Existenz von Welt und Menschen“ das Wissen über die Natur des Menschen vergessen und sich ganz in das Menschenbild versenken muss, welches da Aufschluss gibt: Der Besonderheit des Menschen, die „Krone der Schöpfung“ zu sein, gilt es im Schulunterricht Rechnung zu tragen, im Fach Biologie genau so wie im Fach Religion. Und so eine Krone wird der Mensch keinesfalls darüber, dass er sich als höchste Organisationsform der Materie begreift: Das schafft er nur, wenn er seiner Natur immer auch eingedenk ist als gelungenstes Werkstück und zugleich Knecht Gottes und von unbegriffener Allmacht gelenkter Erdenwurm – denn das macht ihm wirklich kein Affe nach!

Kritiker der Frau Minister monieren die Vermischung von Biologie- und Religionsunterricht und warnen davor, die „Trennschärfe von Glauben und Wissenschaft aufzuheben.“ (Spiegel 29/07) Für „Trennschärfe“ zwischen Wissen und Glauben plädiert man, hält also zusammen mit der Ministerin die Teleologie, die im Fach Religion gelehrt wird, keinesfalls durch den Unterricht im Fach Biologie für argumentativ widerlegt. Man legt vielmehr Wert auf eine friedliche Koexistenz zwischen dem, was da in beiden Fächern als jeweilige ‚Lehre‘ im schulischen Angebot ist. Beides soll sein gutes Recht haben, nur eben stundenplanmäßig sauber voneinander getrennt, und damit geben die Kritiker zu Protokoll, worin auch für sie die Wissensvermittlung in der Schule besteht: Wer sich beim Stichwort ‚Menschwerdung‘ an der Schule für fachspezifische Arbeitsteilung zwischen Biologen und Pfaffen stark macht, pocht nicht auf Wissen im Fach Naturkunde, sondern auf die eigene Kompetenz zur Vermittlung von ‚Lehren‘, die aus ihm zu ziehen sind. Diese Funktion des Schulunterrichts, für die Verbreitung weltanschaulicher Botschaften der einen oder anderen Webart zu sorgen, ist es, die Naturwissenschaft und Glauben

miteinander derart kommensurabel macht, dass ein bloßes Plädoyer fürs bisherige Auseinanderhalten beider daher kommt wie ein religionskritischer Rückruf zur Sachlichkeit. Keinesfalls fachübergreifend soll die Mär vom Schöpfergott an der Schule verkündet werden – schon geht für den Fan von ‚Trennschärfe‘ alles in Ordnung, was im Religionsunterricht gepredigt wird. Ein „antiaufklärerischer Rückfall“ (Leggewie) findet erst dort statt, wo dem Biunterricht keine eigenständige Deutung der Weltentwicklung mehr erlaubt ist – also ist in Sachen schulischer Aufklärung auch da alles bestens bestellt, solange die erbaulichen ‚Lehren‘, die Bienen und andere Staaten bildende Völker, aber natürlich auch ‚die Evolution‘ für den Menschen bereithalten, ganz ohne religiöse Verwässerung gelehrt werden dürfen.

Schlichter im Sinnstiftungsstreit merken deshalb zur Beruhigung aller Beteiligten an, dass die Evolutionsbiologie erst im elften Schuljahr gelehrt werde – wer also mit der Mittleren Reife abschließt, erfährt eh nichts von ihr. Religionsunterricht hingegen haben alle von der ersten Klasse an – und so kommt zumindest in der Schule und was die dortige Bildung betrifft keiner seiner „Bestimmung“ aus.

## Kritik der Psychoanalyse und des Frankfurter Psychomarxismus

Freud ist alles andere als ein „toter Hund“. Auch wenn sich die zeitgenössische Psychologie von seinen abenteuerlichen sexuellen Einfällen wie dem Penisneid des Weibes oder dem Ödipuskomplex des Mannes zu distanzieren pflegt, so will doch so gut wie keiner dem „Unbewussten“ die wissenschaftliche Berechtigung absprechen. Im Gegenteil, nicht nur bei der Erklärung von Ausländerfeindlichkeit und Jugendgewalt spielen aggressionstheoretische, triebökonomische oder ethno-psychoanalytische Erklärungsmuster eine prominente Rolle. Zum psychologischen Allgemeingut geworden ist auch die triebökonomische Deutung staatlich organisierter Kriege als Ausdruck menschlicher Aggressivität oder eines Todestriebes.

Wie die Antisemitismusforschung belegt, ist auch der freudianisch inspirierte „Psychomarxismus“ der Frankfurter Schule keineswegs unmodern geworden und erfreut sich besonders in antideutschen Kreisen großen Zuspruches, wenn es darum geht, mit Adorno- und Horkheimer-Zitaten nach dem sadomasochistischen Ursprung des deutschen Nationalcharakters zu forschen. Adorno und Co. hatten bekanntlich den Antisemitismus als „autoritäre Aggression“ aus der sadistischen Komponente des autoritären Charakters abgeleitet und damit dem Judenhasse eine unerlässliche psychische Entlastungsfunktion für den Seelenhaushalt des Untertanen attestiert. An den Theorien von Freud und Frankfurter Schule soll im Rahmen des Vortrages aufgezeigt werden, welche systematischen Fehlerklärungen von Krieg, faschistischem

Antisemitismus und staatsbürgerlichem Gehorsam die Kategorienwelt der Psychoanalyse (Ich, Es und Über-Ich, Projektion, Identifikation etc.) hervorbringt und welchen politisch-legitimatorischen Nutzwert psychoanalytische Erklärungsmuster besitzen.

### Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Albert Krölls (Hamburg)

Auf Einladung der Gruppe kritischer Studenten (GkS)

**Bonn, 12. Dezember, 20h**

**HS 17 der Uni Bonn,**  
Regina-Pacis-Weg 5, 53113 Bonn  
[www.gegeninformation.net](http://www.gegeninformation.net)

## Lesetipp: GegenStandpunkt 3-07

**Die ‚Lokführergewerkschaft‘ kämpft um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen – Bahn AG und Bahngewerkschaft sind sich einig: So nicht!**

Was dürfen Gewerkschaften fordern, wie weit mit Streikdrohungen gehen? Sind Einheitsgewerkschaften nach DGB-Art das Richtige oder können konkurrierende Berufsgewerkschaften nicht eine nützliche Rolle spielen? Solche Grundsatzfragen bewegen 2007 die Öffentlichkeit. Sie sieht sich aufgerufen, in Erinnerung zu bringen, dass die Vertretung von Arbeiterinteressen eine Sache der Genehmigung ist, über die vom Standpunkt des großen Ganzen und nicht nach den Bedürfnissen der arbeitenden Menschheit entschieden wird.

Was ist geschehen? Die Gewerkschaft der Lokführer stellt Forderungen nach mehr Lohn und besseren Arbeitsbedingungen und macht Anstalten, die auch durchzusetzen – und prompt gerät der Lohnkampf der GDL zu einem Lehrstück über die Entschiedenheit, mit der hierzulande solchen gewerkschaftlichen Ansinnen begegnet wird, über die Mittel, mit denen sie bekämpft werden, also darüber, wie unverträglich die Anliegen der Arbeiterschaft mit den national gültigen Interessen sind.

**Noch ein aufstrebender ‚Global Player‘: Indien will Wirtschafts- und Weltmacht werden**

‚Die größte Demokratie der Welt‘ – das ist nicht nur das stolze Selbstverständnis der indischen Nation. Die ganze westliche Welt erkennt wohlwollend an, dass sich der dortige Staat seit seiner Unabhängigkeit den freiheitlichen Herrschaftsprinzipien verschrieben hat. Und wenn die Gutachter aus den Mutterländern der Demokratie einen Blick auf die Elendszustände in Indien werfen, dann bleibt ihnen das Lob keineswegs im Halse stecken. Grassierende Armut ist kein Einwand gegen die demokratische Herrschaft, sondern Beweis, wie schwer sich der indische Staat mit ihrer Bekämpfung eben tut. Ganz anders als im Fall China, wo Bauernarmut und Wanderarbeiterelend eindeutig gegen das Herrschaftssystem sprechen und beweisen, dass dieses System trotz seiner Bekehrung zum Kapitalismus eben immer noch eine ‚menschenrechtsverletzende

Diktatur‘ ist. Lob im einen und Vorbehalt im anderen Fall entspringen demselben parteilichen Blick auf die Ambitionen dieser beiden Aufsteigerationen. Der Demokratie-Bonus Indiens steht dafür, dass die kapitalistischen Hauptmächte nach wie vor darauf setzen, dass sie dort mit ihren Interessen erfolgreich zum Zuge kommen und die aufstrebende Macht ohne Regimewechsel ordnungspolitisch einbinden können.

Das aber ist nicht die Rolle, welche die weltgrößte Demokratie zu spielen gedenkt – nicht ökonomisch, nicht politisch, nicht strategisch ...

**Anmerkungen zu einer Finanzkrise der ganz modernen Art**

Ein paar tausend US-amerikanische Häuslebauer geraten mit der Bezahlung ihrer Hypothekenschulden in Rückstand, und rund um den Globus erzittert die globalisierte Geschäftswelt, geraten Großbanken in die Klemme, droht eine Liquiditätskrise, die von den Notenbanken der 1. Welt mit einer Viertelbillion frischer Euros und Dollars in Schach gehalten werden muss? Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Ist es auch nicht! Die Kommentare, die diese unheilvolle Kette als Folge von ‚ungesunden‘ ‚Übertreibungen‘ ‚Fehlern‘ und ‚Blauäugigkeiten‘ eines an sich ehrenwerten Gewerbes, der finanzkapitalistischen Spekulation, kritisieren, geben mit diesen Ausführungen zu erkennen, dass sie über die Geschäfte einer Sphäre handeln, die den gängigen Vorstellungen zuwiderlaufen, beim Wachstum, das in Geld gemessen wird, ginge es um ordentliches Produzieren, um mit Krediten in Gang gebrachte Warengeschäfte, die als Plus zu Buche schlagen. Sie handeln, wie ideologisch und anteilnehmend auch immer, von einer verselbständigten Sphäre des Geschäftemachens, die mit der rechtfertigenden Behauptung, in erster und letzter Instanz seien die dort getätigten Transaktionen, die spekulative Vermehrung von

GegenStandpunkt 3-07 ist am 21. September 2007 erschienen.

**ISSN 0941-5831 224 Seiten € 15.– Im Buchhandel erhältlich**

Bestellungen beim:

**Gegenstandpunkt Verlag,  
Augustenstraße 24,  
80333 München**

Tel (089) 272 16 04  
Fax (089) 272 16 05

**gegenstandpunkt@t-online.de  
<http://www.gegenstandpunkt.com>**

Finanztiteln und Anlageobjekten eine begrüßenswerte (Finanz-)Dienstleistung, gründlich aufräumt. Die täglich bilanzierten Wertzuwächse – und jetzt umgekehrt: Einbrüche und Zusammenbrüche von Vermögenswerten – resultieren nicht aus den Leistungen, die der Kredit bei Betriebserweiterungen, Rationalisierungen, bei Kaufen und Verkaufen bis hin zum ‚kleinen Mann‘ erbringt oder eben nicht – nämlich Geldgeschäfte in Gang zu bringen, wo noch kein Geld verfügbar ist. Das, was da an Vermögen wächst und in die Krise gerät, entspringt umgekehrt aus der Macht der Banken, die Abhängigkeit des kapitalistischen Wirtschaftens von dem bei ihnen versammelten Geld der Gesellschaft für eigene Geschäftszwecke auszunutzen: Sie rechnen sich die Schulden, die alle Welt bei ihnen macht, und die Erträge, die das für sie abwirft, als Vermögen an, das sich verlässlich vermehrt, und gründen darauf eine Spekulation auf wachsende Erträge, die wiederum als wachsende Wertpapiervermögen zu Buche schlagen ... Mehr zu Methoden, Begriff und Konsequenzen dieses ehrenwerten Geldgewerbes im Artikel

**„US-Hypothekenkrise: Trockene Märkte, geschlossene Fonds, nervöse Anleger...“  
Der Welterfolg einer neuen Technik  
finanzkapitalistischer Selbstbefriedigung  
macht weltweit Ärger**

### Vortrag und Diskussion der Zeitschrift GegenStandpunkt

**Die Menschenrechte**

- Warum es sie gibt
- Wovor sie schützen
- Wozu sie eine „Waffe“ sind

**Dortmund, 12. Dezember, 19:30h**  
Dietrich-Keuning-Haus, Leopoldstr. 50-58, 44147 Dortmund

[www.gegenstandpunkt.com/jourfixe/bochum.htm](http://www.gegenstandpunkt.com/jourfixe/bochum.htm)

## Noch ein Fall von „arm trotz Arbeit“ Die ‚Generation Praktikum‘

Da wird die Allianz aus Politikern, Arbeitgeberverbänden und öffentlicher Meinung nicht müde, die Bedeutung von „Bildung“ und „Qualifikation“ zu beschwören – „un-

### Vortrag und Diskussion:

#### Der Antifaschismus und das Bekenntnis zur Demokratie: Vom Fehler der linken Antifa-Bewegung

Düsseldorf, 17. November, 17h

Kulturcafé Solaris 53 e.V.,  
Kopernikusstr. 53,  
40225 Düsseldorf – Bilk  
[www.neusser-monat.de](http://www.neusser-monat.de)

### Vortrag und Diskussion:

#### Die Linke am Standort D

Die Linkspartei steht! Aber wofür? Den Minderbemittelten verspricht sie eine bessere Politik und der Unterschicht eine politische Heimat, dem Raubtierkapitalismus will sie die Zähne ziehen und den guten alten Sozialstaat wieder aufmöbeln. Muss das sein, weil Deutschlands demokratischer Normalität sonst etwas fehlt? Dazu ein Diskussionsangebot der Gruppe Gegeninformation.

Köln, 6. Dezember, 20h

Offener Treff des Bürgerzentrums „Alte Feuerwache“,  
Melchiorstr.3, 50670 Köln  
[www.gegeninformation.net](http://www.gegeninformation.net)

### Vortrag und Diskussion:

#### Freiheit, Gleichheit, Eigentum, Sozialstaat – So gut wie ihr Ruf?

Referent: Prof. Dr. Albert Krölls (Hamburg)

Bielefeld, 11. Dezember, 19h

Hörsaal 2 der Uni Bielefeld,  
Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld  
<http://ak.blogspot.de>

ser rohstoffarmes Land“ könne seinen „Lebensstandard“ und seine „Spitzenposition“ nur mit gut ausgebildeten jungen Menschen halten, Bildung sei aber auch für den Einzelnen das „Mittel gegen Arbeitslosigkeit“ und der Schlüssel zum „persönlichen Erfolg“ im Berufsleben – und dann wird mit denjenigen, die sich nach den angeblichen Erfordernissen der „Wissensgesellschaft“ verhalten, alles andere als pfleglich umgegangen. „Prekäre Beschäftigungsverhältnisse“ beim Einstieg in den Beruf sind für junge Hochschulabsolventen zur Normalität geworden. Anstatt wie geplant eine Karriere zu starten, müssen Nachwuchsakademiker heute schlechte Bezahlung, befristete Anstellungen oder erzwungene Selbstständigkeit in Kauf nehmen. Dazu gehören seit einiger Zeit auch so genannte „Praktika“. Berufsanfänger mit Hochschulstudium dürfen sich erst einmal ohne Bezahlung oder bestenfalls gegen ein paar 100 Euro Taschengeld nützlich machen, bevor man ihnen eine bezahlte Stelle anbietet – oder auch nicht. Dabei ist es kein Geheimnis, woher der kleinliche Umgang mit dem angeblich so dringend benötigten „klugen und hoch qualifizierten Nachwuchs“ rührt: „Es ist ein simpler Mechanismus: In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit können es sich Unternehmen leisten, die Angst der Absolventen vor dem Zurückbleiben auszunutzen“ (Zeit, Campus online, 25.9.2006, so oder ähnlich äußern sich alle einschlägigen Berichte). Dem entnehmen wir: Unternehmen sind ganz grundsätzlich darauf aus, Leute, die auf sie angewiesen sind, auszunutzen. Sobald sie die Möglichkeit dazu sehen, tun sie es. In diesem Fall ist es die „Angst“ von Nachwuchsakademikern, schon zu Beginn des Berufslebens ziemlich endgültig den Eintritt in die Welt der besser bezahlten, angenehmeren und sichereren Jobs zu verpassen, die den Unternehmen gerade recht kommt – ebenso wie die „Masse“ der von ihnen Entlassenen, die sie offenbar auch bei Akademikern als Druckmittel einsetzen können, um billige Dienste zu erpressen. Was für die frisch Diplomierten eine

„Notlage“ ist, ist für die Unternehmen eine günstige Gelegenheit, die sie nicht verpassen. Mit einem Wort: Hier liegt „Ausbeutung“ vor, wie die „Zeit“ und andere messerscharf erkennen. Ein schönes Urteil also darüber, wie in dieser Gesellschaft mit den „Humanressourcen“ umgesprungen wird – sehr verschwenderisch nämlich. Die Menschen und das, was sie gelernt haben, interessieren nur als Ressource für den Geschäftserfolg der Unternehmer und wie weit ihr Dienst daran honoriert wird, hängt nicht von ihren Anstrengungen und Leistungen ab, sondern fällt ins Belieben der Nutzer dieser „Ressource“.

Als Aufruf zum Widerstand an alle „Billiglöhner“ sind solche Diagnosen freilich nicht gemeint. Das böse Wort von der „Ausbeutung“ fällt den Erfindern des Schlagworts von der „Generation Praktikum“ ein, weil sie die Behandlung der Studierenden als billige Arbeitskräfte für unpassend halten. Bekanntlich werden Zeit, Spiegel, Stern und Konsorten nicht müde, bei nicht so „Hochqualifizierten“ die von Kapitalisten gezahlten Hungerlöhne zwischen 3 und 6 Euro als zwar harte, aber unumgängliche Notwendigkeit fürs Arbeiten-Dürfen zu propagieren oder zusammen mit der Gewerkschaft die Auffassung zu vertreten, dass bei 7,50 brutto Mindestlohn, wenn es ihn denn gäbe, von „Ausnutzen“ und „Ausbeutung“ nicht mehr die Rede sein kann. Wenn der Spiegel einen „Missbrauch von Hochqualifizierten als unter- oder gar unbezahlte Ersatzarbeiter“ (Spiegel online, Januar 2007) konstatiert oder von „hochqualifizierten Billiglöhnern“ (ARD) die Rede ist, dann liegt der ‚Skandal‘ darin, dass die potenzielle Elite hier einmal so behandelt wird, wie es der große Rest des gewöhnlichen Menschenmaterials offenbar verdient. Während sonst das „Besitzstandsdenken“ gezeißelt wird, ist man von der Berechtigung der Ansprüche des akademischen Standes überzeugt und sieht Missbrauch, wenn die unternehmerische Kostenkalkulation sich von diesen „Ansprüchen“ nicht beeindrucken lässt. Oder es ist gleich die „deutsche Wirtschaft“ selbst, die sich des Mitgeföhls besorgter Kommentatoren sicher sein kann. Sie, die deutsche Wirtschaft, schadet nämlich in erster Linie sich, wenn sie den „dringend gebrauchten hoch qualifizierten

Nachwuchs“ (Zeit) so schlecht behandelt. So wird sich eingefühlt in die Interessen der Wirtschaft, und das „schamlose Ausnutzen einer Notlage“ dann doch nur als ungeschickte, kurz-sichtige Geschäftspolitik registriert. Der Geschäftserfolg wird als oberster Gesichtspunkt anerkannt und versichert, er ginge doch ganz prima mit einem dem Status dieses Nachwuchs angemessenen Umgang zusammen.

Und die Betroffenen? Sie setzen sich zur Wehr – aber wie! Die am eigenen Leib gemachte Erfahrung, dass nicht Qualifikation, sondern kapitalistischer Bedarf ein Einkommen bringt, erschüttert sie nicht im Glauben an die ‚Leistungsgesellschaft‘ und ihr Anrecht auf eine besondere Stellung in ihr. Sie wollen nicht das Prinzip entdecken, sondern einen ungerechten Umgang mit ihrem Stand. Ihr Widerstand ist deshalb an Bescheidenheit kaum zu überbieten. Sie wenden sich untertänig mit Petitionen an die Abgeordneten und machen konstruktive Vorschläge zur Beendigung des „unregulierten Zustands, der zum Missbrauch der Arbeitskraft von Hochschulabsolventen führt“ (homepage students-at-work.de der DGB-Jugend). Nach dem Studium ‚Erfahrungen in der Praxis‘ sammeln – selbstverständlich, aber bitte nicht zu lange: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass Praktika von Hochschulabsolventen, die länger als drei Monate dauern und in dem Berufsbild abgeleistet werden, für das der Hochschulabsolvent ausgebildet wurde, in ein reguläres Arbeitsverhältnis umgewandelt werden“. (Petition der ehemaligen Dauerpraktikantin Désirée G. an den Bundestag) Eine bisschen Anerkennung für die geleistete Arbeit wäre auch nicht schlecht (Petition der Vertreterin des DGB „Mindestlohn von 300 Euro“) und die Mitbegründerin des Selbsthilfevereins „Fairwork“ verlangt 1200 Euro brutto, wenn es dann doch nicht bei den drei Monaten bleibt – „damit orientieren wir uns am europäischen Mindestlohn“ – sowie eine akademikergerechte Benennung, die klarstellt, dass es sich nicht um mies bezahlte Arbeit, sondern um einen Einstieg in den Aufstieg handelt: „Die Zeit nach dem Abschluss sollte nicht Praktikum genannt werden, sondern Trainee-Programm oder Volontariat“ (Spiegel-online Interview mit Bettina König, 10.05.).

Der Bundestag mochte sich bisher mit den Anträgen nicht beschäftigen und auch dem Bundesminister für Arbeit sind die Nachwuchsakademiker nicht mehr wert als dem Kapital. Er denkt gar nicht daran, den Kapitalisten Grenzen beim kostengünstigen Einsatz auch des akademischen Personals zu ziehen. Im Gegenteil: Wie beim gewöhnlichen Rest der Menschheit wird auch hier jede gesetzliche Auflage beim „Ausnutzen“ von Arbeitskräften als Hindernis von ‚Beschäftigung‘ gesehen. Stattdessen „setzt das BMAS verstärkt auf Aufklärung“ (ein Ministeriumssprecher), die man sich

seit Anfang des Jahres beim extra dafür geschaffenen Internetportal „Generation Praktikum“ abholen kann. Nach dem alten Motto des Satiremagazins Titanic, das den hungernden Negern „Spachteln!“ als Lösung ihres Problems empfiehlt, bekommt man dann folgenden heißen Tipp: „Sich nicht unter Wert verkaufen ... zusammen mit dem künftigen Arbeitgeber die Möglichkeit prüfen, statt einen Praktikumsvertrag einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag zu schließen“. Genau, so entkommt man der „Praktikumsfalle“: einfach nicht reintappen!

## Venezuelas Aufstand im Hinterhof der USA

### Vortrag und Diskussion der Zeitschrift GegenStandpunkt

Es regt sich Widerstand gegen den globalisierten Kapitalismus und seine politischen Hüter, vor allem gegen die USA, in Lateinamerika, das eben diese USA als ihren ‚Hinterhof‘ beanspruchen. In Venezuela, dann in Bolivien und in Ecuador sind unter dem Zuspruch der Massen neue Staatsführer an die Macht gekommen. Sie wehren sich entschieden gegen den Zugriff der USA auf den gesellschaftlichen Reichtum ihrer Länder; damit auch gegen die Politik ihrer Vorgänger und die bisher gültigen Geschäfts- und Herrschaftsgrundsätze. Statt ‚Auslieferung‘ ihrer Ressourcen an auswärtige Konzerne und ‚Ausplünderung‘ ihrer Volksmassen durch die Amis geben sie die mit dem Verkauf ihrer Rohstoffe verdienten Dollarmillionen zum Beispiel für nationale Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen aus.

Prompt handeln sich diese Staatsmänner von den federführenden Weltwirtschaftsmächten eine entschiedene Feindschaft ein: Sie fallen in die Kategorie ‚bad governance‘. Chávez & Co werden zu Unruhestiftern erklärt, denen das Handwerk zu legen ist. Die Nationen, die die Länder in Lateinamerika als ihren festen Besitzstand betrachten und bisher am meisten von den elenden Verhältnissen dort profitierten, ertragen es nämlich nicht, wenn auswärtige Rohstoffquellen ihrer freien Verfügung entzogen sind. Mit ihren Ansprüchen, die sie als den Imperativ ‚guten Regierens‘ ausdrücken, ist die Umwidmung der nationalen Mittel jener Länder in volksdienliche Verfügungsmasse einfach nicht vereinbar; ‚gute‘ Regierungen im Ausland zeichnen sich im Gegenteil durch den Dienst an ‚unseren Interessen‘ aus. Dieser Perspektive will sich auch die hiesige Öffentlichkeit nicht entziehen. Presse, Funk und Fernsehen berichten voller Abneigung und Häme ausführlich über die Taten von Chávez und seiner Bundesgenossen.

**Auf der Veranstaltung soll diskutiert werden,**

- warum sich der Standpunkt, die Volksmassen irgendwo auf der Welt hätten Besseres verdient als Armut und Gewalt, mit den Ansprüchen der westlichen Weltmarktnationen und der US-Führungsmacht so überhaupt nicht verträglich;
- was Chávez & Co. am bisherigen Weg ihrer Nationen zu kritisieren haben, wenn sie ihn als ‚Verrat an Volk und Nation‘ bekämpfen;
- was sie an dessen Stelle zu setzen gedenken, wenn sie sich und ihrem Land eine ‚bolivarische Revolution‘ auf die Fahnen schreiben;
- was sie damit im Land und international alles aufrühren und angreifen und mit welcher Gegnerschaft sie es deswegen zu tun bekommen.

**Bochum, 12. November, 19:30h**

KulturCafé im AStA-Gebäude,  
an der Unibrücke, Ruhr-Uni Bochum

[www.gegenstandpunkt.com/jourfixe/bochum.htm](http://www.gegenstandpunkt.com/jourfixe/bochum.htm)

**Bonn, 14. Januar, 19h**

Buchladen Le Sabot,  
Breite Straße 76, 53111 Bonn

[www.gegeninformation.net](http://www.gegeninformation.net)

# Öffentliche Diskussionsveranstaltungen im Wintersemester 07/08

## Bielefeld

Diskussionstermin der AG Analyse und Kritik

Am 13.11.07 um 20 Uhr.

Lokführer kämpfen um Lohn und Arbeitszeit  
– Die Republik steht Kopf: „Dürfen die das?“

In der Bürgerwache am Siegfriedplatz,  
Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld

Außerdem bietet der AK Analyse und Kritik einen Arbeitskreis zum Thema „Imperialismus heute - wie Weltmarkt und Weltmacht zusammengehören“ an. Die Termine: 6.11.07 und 04.12.07. Jeweils 20.00 Uhr. In der Bürgerwache (Anschrift s.o.).

Weitere Infos: <http://ak.blogspot.de>

## Bonn

Diskussionstermin der Gruppe kritischer Studenten

Am 12.11.07, 26.11.07, 10.12.07, 07.01.08, 21.01.08, und 04.02.08

Jeweils montags, 19 Uhr. Im Buchladen Le Sabot,  
Breite Straße 76, 53111 Bonn

Weitere Infos: <http://www.gegeninformation.net>

Außerdem wird in Bonn ein Kapital-Lesekreis durchgeführt.  
Interessenten melden sich auf dem Diskussionstermin.

## Bochum

Diskussionstermin der GegenStandpunkt-Redaktion

Am 30. 10.07, 20.11.07 und 11.12.07

Jeweils dienstags, 19 Uhr. Im Hotel Ibis (Tagungsraum Parterre),  
Universitätsstr. 3, 44789 Bochum

Weitere Infos:

[www.gegenstandpunkt.com/jourfixe/bochum.htm](http://www.gegenstandpunkt.com/jourfixe/bochum.htm)

## Köln

Diskussionstermin der Gruppe Gegeninformation

Am 6.12.07, 24.01.08 und 28.02.08

Jeweils donnerstags, 20 Uhr. Im Offenen Treff des Bürgerzentrums Alte Feuerwache, Melchiortstr. 3, 50670 Köln

Weitere Infos: <http://www.gegeninformation.net>

## Düsseldorf

Diskussionstermin des Neusser Monats

Am 17.11.07, 19.01.08 und 17.05.08. Jeweils samstags, 17 Uhr.  
Im Kulturcafé Solaris 53 e.V., Kopernikusstr. 53,  
40225 Düsseldorf - Bilk

Weitere Infos: <http://www.neusser-monat.de>

Wolfgang Möhl  
Theo Wentzke

## Das Geld

Von den  
vielgepriesenen Leistungen  
des schnöden Mammons

GegenStandpunkt

### AUS DEM INHALT:

Von den vielgepriesenen Leistungen  
des schnöden Mammons

Was jedermann geläufige Erfahrungen durchaus  
lehren könnten: Einige ökonomische Wahrheiten,  
Ware und Geld betreffend

Geld – das ‚reale Gemeinwesen‘

Deutsch-deutsche Währungsunion – die erstmalige  
korrekte „Anwendung des Wertgesetzes“ auf dem  
Boden der DDR: Geld im Systemvergleich

Das Geld des Staates

ISBN 978-3-929211-11-5, 164 Seiten, 15.– €

Zu beziehen über den Buchhandel oder den

Gegenstandpunkt Verlag,  
Augustenstr. 24, 80333 München

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)  
[gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

Tel (089) 272 16 04, Fax (089) 272 16 05